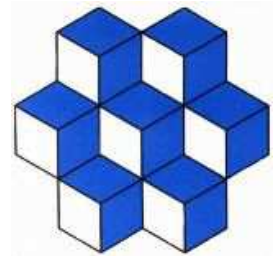


BAUGEWERBLICHE VERBÄNDE

BAUGEWERBE-VERBAND NORDRHEIN
DACHDECKER-VERBAND NORDRHEIN
DEUTSCHER AUSLANDSBAU-VERBAND E.V.
FACHVERBAND AUSBAU UND FASSADE NRW
STRASSEN- UND TIEFBAU-VERBAND NORDRHEIN-WESTFALEN
ZIMMERER- UND HOLZBAU-VERBAND NORDRHEIN



Graf-Recke-Str.43
40239 Düsseldorf
Tel.: 0211/91429-18
Kontakt: Harald Siebert
h.siebert@bgv-nrw.de

Presseberichte über drohende Pleite einer Autobahngesellschaft

Bau-Mittelstand sieht sich bei seiner Ablehnung von ÖPP bestätigt

Düsseldorf. Die Berichte über die drohende Insolvenz eines privaten Autobahnbetreibers und über dessen Millionen-Klage gegen den Bund hat den Straßen- und Tiefbau-Verband Nordrhein-Westfalen in seiner Ablehnung von ÖPP-Maßnahmen „nur noch bestärkt. Wir wenden uns schon seit langem gegen solche öffentlich-rechtlichen Partnerschaften. Sie bringen für den Steuerzahler keine Vorteile und schließen wegen ihrer finanziellen und zeitlichen Dimensionen den Mittelstand als Anbieter aus“, kritisierte der Hauptgeschäftsführer der Baugewerblichen Verbände (BGV), Lutz Pollmann.

Er bezog sich damit auf eine Meldung der Süddeutschen Zeitung, wonach die für den Ausbau und den Betrieb eines Teilstücks der Autobahn A1 in Norddeutschland zuständige Gesellschaft A1 Mobil vor der Pleite steht. Gleichzeitig soll sie vom Bund 640 Millionen Euro als Ausgleich für ausgebliebene Mauteinnahmen verlangen. Als Reaktion darauf hatte SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz angekündigt, unter einer SPD-Regierung werde es keine weiteren Autobahnprivatisierungen geben.

Aus Sicht der mittelständischen Bauunternehmen, die immerhin 70 Prozent aller Straßen erstellen, sind ÖPP-Maßnahmen ein Irrweg. Rechnungshöfe und andere neutrale Institutionen hätten mehrfach dargelegt, so Pollmann, dass sie im Endeffekt teurer für die öffentlichen Auftraggeber sind als konventionell abgewickelte Projekte. Zudem würden in den umfangreichen Vertragswerken viele Risiken auf den Auftraggeber abgewälzt. Die in letzter Zeit vor allem von Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt propagierten Privatisierungen „haben außerdem eine Größenordnung, die selbst große und leistungsfähige Mittelständler nicht schultern können. Die Folge ist, dass sich der Kreis der Anbieter extrem auf eine Handvoll Konsortien reduziert“, beschreibt Lutz Pollmann die Lage. Ein Wettbewerb finde da allenfalls noch in Ansätzen statt.

Vor allem im zurückliegenden Jahr hatten sich die BGV gegen die Erweiterung der Möglichkeiten für Autobahnprivatisierungen gewandt. Mit den vom Bundestag letztlich beschlossenen Regelungen waren sie nicht zufrieden, selbst

PRESSEINFORMATION

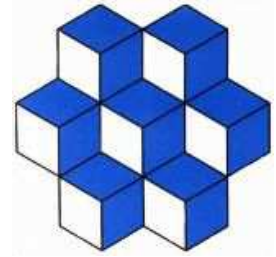
wenn es auf Drängen der SPD Einschränkungen gegenüber den ursprünglichen Plänen aus dem Verkehrsministerium gegeben hatte. Mit Skepsis hat die Interessenvertretung des Bau-Mittelstandes aber auch die Ankündigung der neuen NRW-Landesregierung aufgenommen, sie wolle bei Landesstraßen „in geeigneten Fällen“ zu ÖPP greifen, die Projekte dann jedoch mittelstandsfreundlich ausgestalten. BGV-Präsident Rüdiger Otto hatte dazu gesagt: „Nach unseren Erfahrungen schließen sich ÖPP und Mittelstandsfreundlichkeit weitgehend aus.“

PI 24/08/2017

Die Baugewerblichen Verbände als Stimme des Bau- und Ausbaugewerbes

Die Baugewerblichen Verbände vertreten als Dachorganisation von sechs Landesinnungsverbänden aus dem Bau- und Ausbaugewerbe die Interessen von etwa 5.000 mittelständischen Unternehmen in NRW mit etwa 55.000 Mitarbeitern gegenüber Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit. Sie bieten zudem als Dienstleister umfassenden Service und Beratung für die Betriebe. In den ehrenamtlichen Gremien der sechs Verbände engagieren sich gewählte Vertreterinnen und Vertreter der Unternehmer.

Das Baugewerbe stellt den bedeutendsten Handwerksbereich dar. Bei den zentralen wirtschaftlichen Kennziffern übertrifft es in NRW zudem die Bauindustrie sehr deutlich - bei Betriebs-, Mitarbeiter- und Umsatzzahlen um den Faktor 3, bei den Auszubildenden um den Faktor 6.



PRESSSEINFORMATION